



Ausstellung der PH Heidelberg über Berufsverbote für Beamte

"45 Jahre Radikalenerlass"

Kultur Regional am 4.7.2017 von Annette Lennartz

Berufsverbote - ein fast vergessenes Kapitel der BRD-Geschichte. 1972 beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Willy Brandt den sogenannten Radikalenerlass. Vielen Lehrerinnen und Lehrern, ja sogar Postboten wurde der Staatsdienst verwehrt, weil 'Zweifel an ihrer Verfassungstreue' bestand. Der Verfassungsschutz durchleuchtete den gesamten Öffentlichen Dienst. Gegen Zehntausend Menschen, vor allem Pädagogen, wurden Verfahren eröffnet und circa 2000 erhielten Berufsverbot. Studierende der PH-Heidelberg haben die Berufsverbote und die Auswirkungen an ihrer Hochschule unter die Lupe genommen. Ihre Videofilme mit Zeitzeugen ergänzen jetzt eine Wanderausstellung über Berufsverbote in der BRD - und zeigen den Radikalenerlass und seine Folgen.

Elora Märtsch studiert an der Pädagogischen Hochschule, der PH-Heidelberg. Als sie sich für das Seminar über die 68er-Studentenbewegung entschied, hatte sie noch nie etwas von Berufsverboten und Radikalenerlass in der BRD gehört. Dass so etwas hier passiert ist, findet sie erstaunlich und meint nachdenklich: "Es gibt ja zum Beispiel in der Türkei aktuell auch Berufsverbote, aber dass so etwas in Deutschland tatsächlich passiert ist, davon wusste ich nichts, so etwas konnte ich mir in Deutschland nicht vorstellen."

Elora Märtsch hat voller Neugier, Flugblätter, Sitzungsprotokolle und überhaupt alles was sie in den Archiven finden konnte ausgewertet. Damals war viel los an den Hochschulen: Demonstrationen gegen Vietnamkrieg, Notstandsgesetze, Putsch in Chile und Berufsverbote. Es gab etliche linke Gruppen auch an der PH in Heidelberg. Keine war verboten, aber alle, die für diese bei Asta- oder Gremienwahlen kandidierten, wurden vom Verfassungsschutz überprüft bevor sie in den Schuldienst durften.



Aufkleber 'Maus'; Ausstellung "Berufsverbot" PH Heidelberg, Juli 2017

400 Berufsverbote allein in Baden-Württemberg

Deutschlandweit führte das zu 10 000 Verfahren. Über 2000 junge Menschen, Lehrer, Beamte sogar Postboten, wurden nicht eingestellt, 400 davon in Baden-Württemberg. Dort gab es durch den sogenannten 'Schießerlass' sogar eine Gesinnungsprüfung vor dem Referendariat. So konnten etliche Studierende nicht einmal ihre Ausbildung beenden.

Das wirkte einschüchternd und entpolitisierend. Elora Märtsch kann das für Heidelberg belegen: "Man hat sich einfach weniger getraut, sich politisch zu engagieren, wegen der Angst, den Lehrerberuf nicht ausüben zu können. Das wurde sehr deutlich. Auch z.B. an der abnehmenden Zahl der studentischen Flugblätter. Oder z.B. gab es 1974 eine Erklärung gegen den Schießerlass, die noch von 1000 Studierenden unterzeichnet wurde und ein Jahr später gab es eine ähnliche Erklärung, die nur noch von neun Studierenden unterzeichnet wurde. Da sieht man sehr gut das abnehmende Protestpotential."

Schichtarbeit statt Schuldienst

Unterlagen über 28 Berufsverbotsverfahren an ihrer PH hat sie noch gefunden, aber es waren wohl viel mehr. Die Studentin hat Martin Hornung interviewt, der damals auch nicht Lehrer werden durfte. Er hat weder für eine linke Gruppe kandidiert noch war er dort Mitglied. Nein, er bekam lediglich wegen einer Protestunterschrift gegen

den Schießerberlass Berufsverbot. Zur Ausstellungseröffnung ist Martin Hornung auch in die PH Heidelberg gekommen. Er berichtet: "Ich hatte lebenslang Berufsverbot. Ich bin dann gewechselt in eine andere Branche, war Metallarbeiter, habe Schicht und Akkord gearbeitet vierzig Jahre, war dann Betriebsrat in dem Betrieb."



Martin Hornung. Ausstellung "Berufsverbot" PH Heidelberg, Juli 2017

Viele mussten auf andere, schlechter bezahlte Arbeitsstellen ausweichen, leben heute von Minirenten. 1995 wurde die Praxis der Berufsverbote vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt, die Regelanfrage beim Verfassungsschutz gibt es nicht mehr.

Rehabilitierung gefordert

Martin Hornung ist Mitglied der bundesweiten Initiative für Rehabilitierung der Betroffenen und in Niedersachsen hat im letzten Jahr der Landtag tatsächlich eine Rehabilitierung beschlossen. Wegen der finanziellen Entschädigung tagt dort momentan noch eine Kommission. Ganz anders in Baden-Württemberg, dem Land, dessen Ministerpräsident selbst ein ehemaliges Berufsverbote-Opfer ist. Winfried Kretschmann hatte zwar einmal einen Runden Tisch ins Leben gerufen, aber daraus wurde nichts, erzählt Martin Hornung enttäuscht: "Direkt vor den Landtagswahlen in 2016 wurde dieser 'Runde Tisch' von Seiten der Kretschmann-Regierung beerdigt und seit dem reagiert er nicht mehr auf Schreiben von unserer Seite."

Noch 2003 ein Berufsverbot in Heidelberg

Übrigens unter Annette Schavan gab es erneut einen Vorstoß in Richtung Radikalerlass. Dem Heidelberger Lehrer Michael Czaszkósczi wurde sein Einsatz gegen Rechtsradikale zum Verhängnis. 2003 bekam er Berufsverbot. Bei der Ausstellungseröffnung erklärt er, was ihm vorgeworfen wurde: "Das war wirklich grotesk. Es ging nur darum, dass ich mich gegen Nazis gewendet habe und in dem Kontext gesagt habe, dass man das nicht nur dem Staat und der Polizei überlassen sollte, sondern dass wir da alle gefragt sind. Das war eigentlich das, was mir vorgeworfen wurde. Der Rechtsstreit ging gute fünf Jahre. Jetzt bin ich seit zehn Jahren im Schuldienst."

Info: Zu sehen ist die Ausstellung in der Pädagogischen Hochschule Heidelberg "45 Jahre Radikalenerlass" bis 19. Juli 2017; Mo-Fr ganztägig geöffnet

Stand: 4.7.2017, 10.57 Uhr